

Thesen zum Panel

Wohin treibt die europäische Einigung?

Hayek-Tage 2012, Bayreuth
23. Juni 2012

1. Der Maastricht-Vertrag hat die Weichen im europäischen Integrationsprozess grundlegend falsch gestellt. Er markiert den Übergang von einer (vorwiegend) marktwirtschaftlichen Wirtschaftsverfassung zu einer konstruktivistisch konzipierten und politisierten „Integration von oben“.
2. Die Währungsunion war nicht das einzige, aber das folgenreichste Element dieser falschen Weichenstellung. Sie war ein politisches „Projekt“ und folgte kaum einer ökonomischen Ratio. Es war deshalb fast logisch, dass die Regeln, die die Währungsunion ökonomisch absichern sollten (Konvergenzkriterien, Stabilitätspakt, No-Bailout-Klausel) im politischen Bedarfsfall (italienische Euro-Zugehörigkeit, deutsch-französische Sparunlust, griechische Erpressung) gebrochen wurden. Das damals deklamierte Ziel („Frage von Krieg und Frieden“) ist mittlerweile ins Gegenteil verkehrt.
3. Die „Gemeinschaft der Rentensucher“, die durch Maastricht endgültig institutionalisiert wurde, manifestiert sich heute nicht zuletzt in der Erwartungshaltung südeuropäischer Regierungen: Wer dort „mehr Europa“ fordert, meint in Wahrheit ausschließlich „mehr Geld aus Europa“. Andere Elemente von „mehr Europa“ – etwa: die in den Hilfsprogrammen geforderten Reformen in Griechenland oder eine effektive Bankenaufsicht in Spanien – gelten als europäische Einmischung.
4. Die Frage „Wohin treibt die europäische Einigung?“ ist kurz- bis mittelfristig identisch mit der Frage „Wohin treibt der Euro?“. Die Diskussion über die Finalität Europas (und nicht: über Wege zur Rettung des Euros) findet deshalb bedauerlicherweise nicht statt.
5. Die Euro-Einführung hat (ökonomische und politische) Pfadabhängigkeiten geschaffen. Die ordnungspolitisch naheliegende Forderung nach einer Rückkehr zum Status Quo Ante (vor Maastricht) ist daher unrealistisch. Wer politisch auf ein Ende (oder eine Verkleinerung) der Währungsunion setzt, hat eine (intellektuelle und politische) Bringschuld: Er muss erläutern, wie eine „Rückabwicklung“ funktionieren könnte.
6. Wohin treibt der Euro? Denkbar sind drei – sämtlich unerfreuliche – Optionen:
 - (a) Die Währungsunion bricht zusammen.
 - (b) Der institutionelle Status Quo bleibt vorläufig erhalten, der Euroraum bleibt im Rettungsmodus: Die EZB pumpt weitere Liquidität in den Markt, Staats- und andere Schulden werden vergemeinschaftet, die „Brandmauern“ werden noch höher, bis alle Euro-Staaten überschuldet sind.
 - (c) Die „politische Union“, wie sie sich die Bundeskanzlerin vorstellt, ergänzt die Schuldenunion. Es kommt zur Fiskal- und zur Bankenunion.

7. Die Option einer „Ausdünnung“ der Währungsunion (um Griechenland, Portugal, Zypern, Irland, Spanien, Italien, Frankreich,...?) hört sich einfacher an, als sie ist. Schon ein griechischer Austritt hätte schwer kalkulierbare Folgen, da er den Bestand des kompletten Systems infrage stellte. Die Frage des Umfangs möglicher Ansteckungseffekte ist keine triviale. Der Zusammenbruch der Währungsunion ist wahrscheinlicher als ein Gesundenschrumpfen. Er hätte unvorhersehbare Konsequenzen.
8. Die bisher verfolgte Rettungsstrategie bewirkt ebenfalls in erheblichem Umfang Ansteckung. Irgendwann wird auch Deutschland seine hohe Bonität einbüßen, auch seine „Rettungskapazität“ ist endlich. Auch aus politischen Gründen stößt die Strategie an Grenzen.
9. Vor diesem Hintergrund entbehrt die Idee, die Währungs- und Haftungsunion durch eine „politische Union“ zu ergänzen, prinzipiell nicht der inneren Logik. Letztlich entspricht sie einer alten Forderung der Bundesbank (die freilich damit die Währungsunion verhindern wollte).
10. Was unter „politischer Union“ zu verstehen sein könnte, ist bisher nicht geklärt – schon aus politökonomischen Gründen ist deshalb Vorsicht angebracht. Jedenfalls birgt die Idee völlig unabhängig von der akuten Krise erheblichen integrationspolitischen Sprengstoff.
11. Die absehbare mittelfristige Perspektive läuft auf eine „Fiskalunion“ und eine „Bankenunion“ mit jeweils ähnlichen Strukturmerkmalen hinaus: (a) Stärkung der europäischen (Haushalts-/Banken-) Aufsicht durch eine bislang nicht definierte EU-Institution, (b) weitere Vergemeinschaftung von Schulden und/oder Risiken durch Eurobonds, EU-Abwicklungsfonds, gemeinsame Einlagensicherung, (c) Versuch der Krisenprävention durch Fiskalpakt, Banken-Bail-In usw.
12. Selbst wenn diese Struktur eine innere Logik („wer A [Währungsunion] sagt, muss auch B [politische Union] sagen“) haben mag, ist sie aus mehreren Gründen unrealistisch oder falsch:
 - a. Der konstruktivistisch-wettbewerbsfeindliche Integrationsansatz, der sich als falsch erwiesen hat, würde noch weiter gestärkt
 - b. Wer Aufgaben in der EU zentralisieren will, ist grundsätzlich beweispflichtig. Ein politisches Kartell ist ex ante immer schlechter als der Wettbewerb der Staaten.
 - c. Bei der skizzierten Idee von Fiskal- und Bankenunion handelt es sich um einen Nirwana-Ansatz: Aus der Fehlentwicklung in den Nationalstaaten (unsolide Finanzpolitik, schlechte Bankenaufsicht) wird geschlossen, die EU-Ebene würde es besser machen. Weder Theorie noch bisherige Erfahrung sprechen für diesen Schluss.
 - d. Die derart skizzierte politische Union änderte die Verfasstheit der EU radikal und ohne demokratische Legitimation. Sie setzte die weitgehende Aufgabe nationaler Souveränität voraus. Voraussetzung dafür wäre ein europäisches Volk.
 - e. So gut wie kein Mitgliedstaat will die politische Union wirklich. Die skizzierte innere Logik fällt deshalb in sich zusammen: Es geht in Wirklichkeit doch nur darum, die Haftungsgemeinschaft zu vervollständigen.
13. Wohin also treibt die europäische Einigung? Es bleibt die Wahl zwischen Pest (einem Crash der Währungsunion) und Cholera (die Fortschreibung des Status Quo). Ein gangbarer Ausweg ist nicht erkennbar.